



## FRANKREICH - INFO

NR. 6

9. JUNI 2005

Winfried Veit

Frankreich nach dem Referendum

Das „französische Modell“  
auf dem Prüfstand

---

**Friedrich-Ebert-Stiftung**

41 bis, boulevard de La Tour-Maubourg, 75007 Paris

Tel. +33.1.45.55.09.96, Fax +33.1.45.55.85.62

E-Mail : [fes@fesparis.org](mailto:fes@fesparis.org), [www.fesparis.org](http://www.fesparis.org)

Das Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag am 29. Mai hat in Frankreich tiefe Spuren hinterlassen: eine neue Regierung, von der kaum jemand glaubt, dass sie den in der Volksabstimmung zum Ausdruck gebrachten Erwartungen gerecht werden kann; eine zerstrittene Opposition, deren Aussichten auf eine Wende im Jahre 2007 erheblich gesunken sind; und nicht zuletzt ein gespaltenes Land, das von Selbstzweifeln und Resignation geplagt wird. Frankreich, Gründungsmitglied und seit einigen Jahrzehnten gemeinsam mit Deutschland der Motor der europäischen Integration, hat zum immer noch anhaltenden Entsetzen der politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Eliten Nein zur europäischen Verfassung gesagt; doch war es wohl weniger ein Nein zu Europa als vielmehr ein verzweifelt Bekenntnis zum „französischen Modell“ der sozialen Sicherheit und der nationalen Größe.

Diesem Bekenntnis suchte der neue Premierminister Dominique de Villepin in seiner Regierungserklärung am 8. Juni Rechnung zu tragen, als er die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt seines Regierungsprogramms stellte; er widmete diesem Thema nicht weniger als 9 von 14 Seiten seiner Rede vor der Nationalversammlung, die ihm mit 363 gegen 178 Stimmen ihr Vertrauen aussprach. Entgegen seiner Gewohnheit enthielt sich der frühere Außen- und Innenminister der politischen Lyrik und schlug statt dessen ein Bündel konkreter Maßnahmen vor, das allerdings den großen Wurf vermissen läßt und sich nicht wesentlich von den (vergeblichen) Versuchen seines Vorgängers Raffarin unterscheidet, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Allerdings verzichtet Villepin auf die von Staatschef Chirac versprochenen weiteren Steuersenkungen und will statt dessen im nächsten Jahr 4,5 Milliarden Euro für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufwenden, darunter Erleichterung von Sozialabgaben für Klein- und Mittelunternehmen, „Prämien“ für die Arbeitsaufnahme von Langzeitarbeitslosen und mehr Flexibilität, aber auch Sicherheit bei der Einstellung in Kleinstunternehmen. Darüber hinaus sollen große Infrastrukturprojekte bei Bahn- und Straßennetz die Konjunktur ankurbeln und vor allem aus Privatisierungserlösen, z.B. bei „Gaz de France“ finanziert werden.

Ob damit die beim Referendum auch zu Tage getretene erschreckende Kluft zwischen politischer Klasse und „Volk“ überwunden werden kann, darf bezweifelt werden. Denn das kleinliche Gezänk zwischen und innerhalb der Parteien im Vorfeld des Referendums, bei dem es weniger um die europäische Verfassung oder wirtschaftliche Zukunftsperspektiven ging als vielmehr um die Positionierung im Rennen um die jeweilige Präsidentschaftskandidatur für das Jahr 2007, hatte bei der Mehrheit der Wähler endgültig den „ras-le-bol“-Effekt ausgelöst (= die Schnauze voll). Und niemand verkörpert diesen Effekt besser (oder vielmehr schlechter) als Staatspräsident Jacques Chirac, der ausgerechnet kurz vor dem Referendum sein zehnjähriges Amtsjubiläum – wohlweislich in aller Stille – beging, damit aber gleichwohl einen griffigen Slogan für die Gegner der europäischen Verfassung lieferte: „Zehn Jahre sind genug!“

### **Der Götterdämmerung letzter Akt**

Für Chirac hat der wohl letzte Akt seiner vierzigjährigen politischen Karriere begonnen. Seit 1981 – der Niederlage des seinerzeitigen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing gegen François Mitterrand – ist Chirac die wichtigste, wenn auch Zeit seines Lebens umstrittene Figur der parlamentarischen Rechten in Frankreich. Zweimal Premierminister, lange Jahre Bürgermeister von Paris, Begründer der neogaullistischen RPR (aus der die heutige Regierungspartei UMP hervorging), gelang ihm 1995 wider

alle Prognosen und entgegen den Erwartungen selbst seiner politischen Freunde der Sieg in der Präsidentenwahl. In wichtiger – gegensätzlicher – Position schon damals: ein junger Karrierediplomat namens Dominique de Villepin als diplomatischer Berater des Pariser Bürgermeisters, der als einer der wenigen an den Sieg Chiracs glaubte und dafür anschließend mit dem wichtigen Posten eines Generalsekretärs des Elysée (Leiter des Präsidialamts) belohnt wurde. Auf der buchstäblich anderen Seite Nicolas Sarkozy, aufstrebender Star der Neogaullisten, der im Grunde den Wahlkampf für Chiracs innerparteilichen Gegner, Edouard Balladur, leitete. Aus dieser Zeit rührt das fast grenzenlose Vertrauen in den Einen und das abgrundtiefe Misstrauen gegenüber dem Anderen, die beide heute im Rampenlicht stehen: Villepin als neu ernannter Premierminister, Sarkozy als Innenminister dessen „Nummer zwei“ in der Regierung. Diese beiden sollen den letzten zwei Jahren der Amtszeit Chiracs die Wende zum Besseren verleihen, oder zumindest ihm einen halbwegs ehrenvollen Abgang verschaffen, denn seine Chancen auf eine dritte Kandidatur sind durch die Niederlage im Verfassungsreferendum drastisch gesunken.

Wegen dieser Niederlage wird Chirac auch um die historische Ehre kommen, eine weitere Etappe im europäischen Einigungswerk markiert zu haben, wie es seinen drei Vorgängern Pompidou, Giscard d'Estaing und François Mitterand (letzterer mit dem knapp gewonnenen Referendum über den Maastricht-Vertrag) gelungen war. Denn immerhin – das muß man Chirac zugestehen – ist er seit seiner berüchtigten „Cochin“-Rede von 1978, als er vehement gegen die „internationale Auslöschung Frankreichs“ (im Rahmen der europäischen Gemeinschaft) polemisierte, einen weiten Weg in Richtung Europa gegangen. So hat er vor allem im Maastricht-Referendum 1992 gegen die Mehrheit in seinem eigenen politischen Lager die entscheidenden Stimmen für den Sieg des Ja beigesteuert, so wie heute Laurent Fabius entscheidend zum Nein im Verfassungsreferendum beigetragen hat. Und nach anfänglichen Schwierigkeiten fand er auch mit Gerhard Schröder ein enges Vertrauensverhältnis, das den deutsch-französischen Motor nach den Turbulenzen von Nizza im Jahre 2000 wieder in Gang setzte, bis hin zur gemeinsamen Position im Irak-Krieg 2003, die Chirac wahrscheinlich zum letzten Mal einen Höhenflug an Popularität verschaffte.

Doch Chiracs beginnende Götterdämmerung ist nicht seinem europäischen Wirken zuzuschreiben, so wenig wie das Referendum eine Absage der Franzosen an Europa war. Der Hauptgrund ist die tiefsitzende französische Malaise, die seit Jahren sich verschärfende Krise des „französischen Modells“, die Sarkozy kurz nach der Volksabstimmung in die Worte fasste: man könne ja wohl kaum ein Modell aufrechterhalten wollen, das niedriges Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit produziere. Und die Franzosen haben schon seit langem deutliche Zeichen der Unzufriedenheit nicht mit dem Modell an sich, aber seinem Funktionieren (oder besser: Nicht-Funktionieren) gegeben: bei der Präsidentenwahl 2002 kam der Rechtsradikale Le Pen auf den zweiten Platz und warf damit den sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin aus dem Rennen, während Chirac mit nur 20 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang alles andere als ein strahlender Sieger war, auch wenn er anschließend notgedrungen mit über 80 Prozent im zweiten Wahlgang wiedergewählt wurde. Das Ergebnis wurde seinerzeit und bis heute als ein Trauma der Linken gedeutet; in Wirklichkeit war es eine Misstrauenserklärung an die gesamte politische Klasse. Dann kamen die Regional- und Europawahlen des Jahres 2004, die eine deutliche Ohrfeige für die regierende Rechte waren; aber auch hier war klar, dass die Linke nur mangels Alternativen vom Unmut der Wähler profitierte. Chirac hat aus all dem keine klaren Konsequenzen gezogen. Er hat seinen Schlingerkurs zwischen halbherzigen Reformen und sozialen Zugeständnissen fortgesetzt und sich vor allem auf die „großen“ internationalen Fragen, darunter Europa, konzentriert und darüber die innenpolitischen Probleme vernachlässigt. Diesen Kurs

scheint er – trotz aller gegenteiligen Bekundungen nach dem Motto: „ich habe verstanden“ – fortsetzen zu wollen; vielleicht, so die banale Erklärung eines Kolumnisten, weil es mit 72 Jahren schwer ist, sich noch etwas Neues einfallen zu lassen. Denn keinesfalls verkörpert die von ihm berufene neue Regierung den Aufbruch zu neuen Ufern; vielmehr scheint es, dass sie nach dem Prinzip „eine Mannschaft, die verliert, wechselt man nicht aus“, gebildet wurde, wie der Historiker Nicolas Baverez spöttisch anmerkte.

### „Zwei Premierminister“, eine Politik?

An der Spitze dieser von 40 auf 31 Minister und Juniorminister (ministres délégués) reduzierten Mannschaft steht eben jener Dominique de Villepin, der nach sieben Jahren als Chef der Präsidentschaftsverwaltung 2002 Außenminister wurde und in dieser Eigenschaft vor allem durch seine flammende Rede gegen den Irak-Krieg vor der UNO-Vollversammlung im Februar 2003 bekannt wurde. Seitdem ist er einer der Lieblingsfeinde der Amerikaner im „alten Europa“ und in der Tat verkörpert er alles, was dieses widerspenstige und altmodische Europa, vor allem in seiner französischen Form, ausmacht: Esprit und Arroganz, Weltgewandtheit und Eleganz. Villepin ist ein Intellektueller in der Politik, der Gedichtbände und historische Essays veröffentlicht, „ein Poet in den Kulissen der Macht“, wie *Le Monde* schrieb. Er ist ein Gaullist alten Schlages, der aber weltoffen ist und gute Kontakte zur Linken pflegt; zu seinen Mitabsolventen des Jahrgangs 1980 an der Eliteschule ENA gehörte unter anderem der heutige Vorsitzende der Sozialistischen Partei, François Hollande. Seine Gegner aus dem eigenen Lager werfen ihm seinen mangelnden politischen Instinkt vor; immer wieder wird das Beispiel der missglückten Parlamentsauflösung im Jahre 1997 zitiert, als Chirac vor allem auf Anraten Villepins und des damaligen Premierministers Alain Juppé ohne Not die große Mehrheit der Rechten aufs Spiel setzte - und als Ergebnis die „Kohabitation“ mit dem Sozialisten Lionel Jospin in Kauf nehmen musste. Und ein zweiter Vorwurf wird laut: „Er spricht vom Volk, ist aber nie zweiter Klasse gereist. Redet vom Land, hat sich aber nie zur Wahl gestellt“, mäkelte Sarkozy noch kurz vor der Regierungsbildung.

Dieser Sarkozy ist nun als „Staatsminister“ und Leiter des Innenministeriums die „Nummer zwei“, im hierarchisch gegliederten Regierungsgefüge der französischen Republik, und er ist zugleich – seit November 2004 – der Vorsitzende der Regierungspartei UMP (Union pour un mouvement populaire). Das verleiht ihm, vor allem auch in seiner Eigenschaft als erklärter, wenn auch nicht offizieller Präsidentschaftskandidat für 2007, eine hervorgehobene Stellung in der Regierung. Es hat den Anschein, als gäbe es einen „virtuellen, vom Präsidenten aufgedrängten Premierminister, und einen wirklichen, von der öffentlichen Meinung getragenen Premierminister“, urteilte Nicolas Baverez über dieses seltsame Tandem, mit dem wahrscheinlichen Ergebnis, dass die beiden sich gegenseitig paralisieren werden: „weder liberal noch sozial, wird die französische Wirtschaftspolitik ganz einfach schizophoren, also unwirksam bleiben“.

Genau diese beiden Begriffe – liberal und sozial - umschreiben exakt den Gegensatz zwischen Villepin und Sarkozy: Während der adlige Großbürger Villepin die Rettung des sozialen französischen Modells auf seine Fahnen schreibt und unumwunden dem traditionellen Etatismus huldigt, stellt der aus kleinen Einwandererverhältnissen kommende Sarkozy dieses Modell in Frage und predigt eine Politik der radikalen Reformen. In seinem ersten Fernsehauftritt nach dem Referendum forderte er „eine entscheidende Wende in unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und ein „Ende unserer Unbeweglichkeit und Halbherzigkeit“. Auch in der Innenpolitik prallen die Gegensätze aufeinander: der Modernisierer

Sarkozy plädiert für eine Quotenregelung bei der Einwanderung und für „positive Diskriminierung“ von Minderheiten nach amerikanischem Vorbild, während Villepin am traditionellen republikanischen Verständnis der „Gleichheit“ festhält, obgleich sich dieses Prinzip in der tristen Realität der Vorstädte längst in Luft aufgelöst hat. Außenpolitisch verkörpert Villepin die Größe Frankreichs, die er – ganz im Sinne Chiracs – im Rahmen eines machtvollen Europa („Europe-puissance“) bewahren möchte, um damit in einer multipolaren Welt den USA Paroli bieten zu können. Sarkozy hingegen gilt als für französische Begriffe ausgesprochen proamerikanisch und bezieht seine gesellschaftlichen Visionen eher aus dem angelsächsischen als aus dem „rheinischen“ Modell. Und es ist vielleicht gerade diese von ihm zur Schau gestellte Reformfreudigkeit, sein Optimismus und sein vorbildlicher Initiativgeist, der ihn bei den Franzosen so populär macht – obgleich diese in ihrer Mehrheit am traditionellen Sozialmodell hängen. Aber dieses Modell ist nach dem Urteil von Soziologen zum Tode verurteilt – wegen der im Gefolge der europäischen Einigung und vor allem der Globalisierung zwangsweise erfolgten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen. Der schleichende Untergang der französischen Mittelklasse, die im Unterschied zu den siebziger und achtziger Jahren nicht mehr hoffnungsvoll nach oben sondern mit Schrecken nach unten blickt, hat auch die innenpolitischen Koordinaten verändert. Und diese Koordinatenverschiebung äußert sich in einem „Primat der Partikularinteressen vor dem Allgemeininteresse“ und in einer „Vertrauenskrise zwischen dem französischen Volk und all jenen, die – in welchem Bereich auch immer – Herrschafts- oder Einflussfunktionen ausüben“ (so der linke *Nouvel Observateur*).

Diese Vertrauenskrise dürfte mit dem neuen Kabinett nur schwer behoben werden können, denn außer dem schwelenden Konflikt zwischen den beiden Machtpolen Villepin und Sarkozy ist die Regierung Villepin mit dem Makel des letzten Aufgebots von Chirac behaftet. Vom neuen Außenminister Philippe Douste-Blazy über die im Amt bestätigte Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie bis hin zu den beiden Superministern für Beschäftigung, soziale Kohäsion und Wohnungsbau (Jean-Louis Borloo) sowie Wirtschaft, Finanzen und Industrie (Thierry Breton), strömt das Kabinett den Charme eines Auslaufmodells aus. Einzelne prägnante Figuren, wie der zum neuen Juniorminister für Chancengleichheit ernannte Wissenschaftler algerischer Abstammung, Azouz Begag, oder die neue Europaministerin und vormalige Pressesprecherin des Elysée, Catherine Colonna, können dieses Bild nicht ändern. Und wenn Villepin innerhalb der ersten hundert Tage seiner Amtszeit Ergebnisse – vor allem bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – vorlegen will, dann ist das schon ein kühnes Unterfangen angesichts der bleiernen Unbeweglichkeit, die seit Jahren über Frankreich schwebt. Diese Unbeweglichkeit hat auch mit der Krise innerhalb der Linken zu tun, die sich im Referendum über die europäische Verfassung manifestierte.

### **Welches Modell für die Linke?**

Die Linke geht aus dem Referendum gespalten und damit geschwächt hervor. Gestärkt sind in diesem Lager lediglich die orthodoxe, traditionell europafeindliche Kommunistische Partei und die extreme Linke in Form der beiden trotzkistischen Parteien und der Globalisierungsgegner um ATTAC und den charismatischen Bauernführer José Bové. Insbesondere die Kommunisten hoffen, mit dem Referendumsergebnis Wind in die Segel zu bekommen und damit endlich aus dem Fünf-Prozent-Ghetto der letzten Jahre heraus zu kommen. Weiter links davon träumt man schon von einer Präsidentschaftskandidatur des populären Bové, der dann auch Stimmen bei der frustrierten Mittelklasse holen und damit das Signal für einen großen sozialen Aufbruch nach dem Muster des Mai

68 geben könnte. Auch wenn diese Träume sich wohl kaum realisieren lassen, eines ist sicher: sie schwächen die reformerischen Kräfte der gemäßigten Linken und tragen damit indirekt dazu bei, die Chancen eines rechten Kandidaten – etwa in Gestalt von Nicolas Sarkozy – zu vergrößern.

Diese reformerischen Kräfte – in der Sozialistischen Partei (PS) und bei den Grünen – stehen nach der Brückierung durch ihre eigene Wählerschaft mit dem Rücken an der Wand. Bei den Grünen scheint man sich auf die Devise geeinigt zu haben: „Schwamm drüber und in die Zukunft blicken“, doch dürften die alten Gegensätze zwischen Europafreunden und Europegegnern, Realos und Fundis (die es in diesem Sinne in Frankreich tatsächlich noch gibt) spätestens dann wieder aufbrechen, wenn es um die Allianzen für die nächsten Wahlen und ein gemeinsames Regierungsprogramm geht.

Bei den Sozialisten hat die Abrechnung über das Abstimmungsverhalten und der offene Machtkampf unmittelbar nach dem Referendum begonnen. Auf einer außerordentlichen Sitzung des „Conseil National“ am 4. Juni wurden alle Nein-Befürworter aus der Parteiführung (Secrétariat National) ausgeschlossen, darunter Laurent Fabius, der bisher in der Parteihierarchie die „Nummer zwei“ war. Dieser Beschluß – mit 167 gegen 122 Stimmen bei 18 Enthaltungen gefasst – stellte aber nur das Auftaktschirmmützel einer länger andauernden Schlacht dar, deren endgültiger Sieger noch keineswegs fest steht. Denn der PS-Vorsitzende François Hollande hatte die Entscheidung bewusst im „Conseil National“ und nicht im „Bureau National“ (Partei Vorstand) herbeigeführt, weil im letzteren die Mehrheitsverhältnisse ungewiß sind. Der „Conseil National“ hingegen ist eine Machtbastion des jeweiligen Parteivorsitzenden, weil dort die Chefs der regionalen Parteigliederungen (fédérations) vertreten sind, die traditionell „ihrem“ Vorsitzenden nahe stehen. Drei von ihnen wurden denn auch anstelle der „Nein-Sager“ neu in die Führung berufen, darunter Patrick Bloche, der Vorsitzende der mächtigen Parteiliga Paris.

Die nächste und wohl entscheidende Etappe im innerparteilichen Machtkampf wird der vom Frühjahr 2006 auf den 18./19. November vorgezogene reguläre Parteitag sein. Mit dieser Entscheidung hat Hollande sein ganzes persönliches Gewicht in die Waagschale geworfen, denn damit muß er sich zur Wiederwahl stellen, was bei einem außerordentlichen Parteitag nicht der Fall gewesen wäre. Seine Legitimation bezieht Hollande vor allem aus dem parteiinternen Referendum am 1. Dezember 2004, als 59 Prozent der Mitglieder für die europäische Verfassung stimmten; daraus leitet Hollande den Auftrag ab, eine dieser Entscheidung gemäße homogene Parteiführung zu schaffen, die auf dem eingeschlagenen „linksreformerischen“ Kurs weiterschreitet und ein entsprechendes Regierungsprogramm auf dem Kongreß vorlegen wird. Unterstützt wird er dabei – außer Fabius - von allen wichtigen Führungsfiguren der PS, wie dem ehemaligen Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, dem früheren Kulturminister Jack Lang, der Ex-Arbeitsministerin Martine Aubry und dem Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë. Umsonst ist diese Unterstützung allerdings nicht zu haben, denn zumindest Lang und Strauss-Kahn liebäugeln mit dem Gedanken an eine Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2007, was Hollandes eigene – ohnehin durch das Referendumsergebnis angeschlagene – Ambitionen nicht gerade fördert.

Auf der anderen Seite profiliert sich Laurent Fabius als Märtyrer einerseits, und als Sammelfigur der Linken andererseits, der seine Legitimation aus der Tatsache bezieht, daß 56 Prozent der sozialistischen Wähler im Referendum mit Nein gestimmt haben. Fabius hat sich während der Kampagne die Aura eines Anführers des „linken Nein“ und damit als eigentlichen Gegenspieler von Chirac gegeben, den er als „Anführer des Ja“ bezeichnete. Daraus leitet er den Anspruch ab, der quasi „natürliche“ Kandidat der Linken bei der Präsidentschaftswahl zu sein. Und – schon ganz Kandidat –

will er sich auch nicht in die Niederungen des innerparteilichen Machtkampfes stürzen sondern überlässt die notwendigen Verhandlungen und Kungeleien um die Mehrheit seinen Leuten, allen voran seinem engsten Vertrauten, dem Abgeordneten Claude Bartolone.

Doch die Mehrheitsfindung wird nicht einfach. Auf dem letzten Kongreß in Dijon 2003 erhielt die Parteiführung – damals noch unter Einschluß von Fabius – 61,4 % der Delegiertenstimmen; die sich „reformerisch“ gebende Minderheitsströmung „Nouveau Parti Socialiste“ um den jungen Abgeordneten Arnaud Montebourg kam auf knapp 17 %, die Linken um den ehemaligen Parteichef Henri Emmanuelli auf etwas über 16 %. Die Bataillone von Fabius wurden auf etwa 15 % geschätzt. An diesen Kräfteverhältnissen dürfte sich nichts Grundsätzliches geändert haben, außer daß der linke Flügel unter dem Namen „Nouveau Monde“ sich während der Kampagne zerstritten hat. Berücksichtigt man, daß alle drei zuletzt genannten Gruppen im Referendum mit Nein gestimmt haben und jetzt auch geschlossen den Ausschluß von Fabius ablehnten, dann entsteht rein rechnerisch eine Pattsituation. Allerdings haben etliche Mandatsträger während der Referendumskampagne in beide Richtungen die Fronten gewechselt und die Hollande-Anhänger geraten in vielen Regionen unter Druck, wo sich gegen die lokalen Parteiführungen starke Mehrheiten für das Nein ergeben haben. Schließlich gelten weder Emmanuelli noch Montebourg als Fans von Fabius, der bis zu seiner überraschenden Wende im Sommer letzten Jahres der Lieblingsfeind der Linken war und als snobistischer Modernisierer galt.

Und was für die innerparteilichen Verhältnisse gilt, trifft auch auf das linke Lager insgesamt zu. Denn wer immer auch der PS-Kandidat sein wird, er braucht eine breitere Einbettung auf der Linken, denn der Wählersockel der Sozialisten beläuft sich bestenfalls auf 25 Prozent. Fabius profiliert sich mit seiner „Kapitalismuskritik“ und seinem „pro-europäischen Nein“ als Kandidat der gesamten Linken und würde auch – so wird nicht nur hinter vorgehaltener Hand gemunkelt – selbst dann antreten, wenn er nicht von der PS aufgestellt wird. Aber schon vorher muß die PS entscheiden, welches Modell sie für Frankreich vorschlagen will, das eine glaubwürdige Alternative zu dem dann wahrscheinlich auf der Tagesordnung stehenden radikalreformerischen Programm eines Nicolas Sarkozy bieten kann.